

01. DEZ. 1989

Kaufsturz
siehe Bemerkungen
+ Aufhebung

014-StS-Durchlauf-6141

Referat 210
210 - 330.5029
RL: VLR I Dr. Lambach
Verf.: LR I Storz-Chakarji

Bonn, den 1. Dezember 1989
HR 2934
HR 3671

ist erledigt
neg. brke alles z d A (St011201)
(auch Wdow) Jk 2/12

Auswärtiges Amt
01. DEZ 89
Ministerbüro I

Herrn [Name] [Name] [Name]

für 1/12

Über Dg 21
D 2 i.v.
Herrn Staatssekretär

Betr.: Amtliche Äußerungen des Auslands zu dem 10-Punkte-Plan des Bundeskanzlers

Bezug: Telefonische Anforderung vom 30.11.1989

Anl.: 1

Rücklauf von JM

010 -> 010 8/12

L. L10

my 2/12

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

I. Reaktionen:

1. Der 10-Punkte Plan des BK ist im westlichen Ausland - soweit hier bereits Äußerungen amtlicher Stellen vorliegen - allgemein mit Überraschung und Skepsis aufgenommen worden. Kritische Untertöne sind unüberhörbar.
2. Es fällt auf, dass sich unter den Alliierten bis dato lediglich die USA und F geäußert haben. Eine Reaktion des offiziellen London fehlt.

Verteiler:

ohne

my 1/12

Am ausführlichsten nimmt F (Mitterrand, Dumas) zu dem Plan Stellung, während die amerikanischen Regierungsäußerungen (AM Baker und die Sprecherin des State Department) eher abwartend ausfallen.

Das Fehlen einer Äußerung von Präsident Bush, insbesondere aber das Schweigen Londons, lassen vermuten, dass die Alliierten ihre Haltung zu dem für sie unerwarteten deutschlandpolitischen Konzept des BK nur mit Mühe formulieren.

Deutlich ist, dass ihnen die Dringlichkeit der deutschen Frage plötzlich vor Augen geführt wurde, wobei sie den Zusammenhang mit den bevorstehenden Bundestagswahlen durchaus sehen.

Den ersten Reaktionen der beiden Alliierten ist gemein die Betonung des Selbstbestimmungsrechts, die Herausstreichung einer fortdauernden Zugehörigkeit Deutschlands zum Bündnis - und damit die Absage an eine de-facto-Neutralität Deutschlands - sowie des europäischen Kontext bzw. die fortschreitende Integration im Rahmen der EG.

Unterstrichen wird, dass im Interesse der Stabilität in Europa ein zur Einheit führender Prozess nur in Stufen und allmählich erfolgen kann.

Für Frankreich, das das Streben nach Wiedervereinigung als legitim bezeichnet und nicht versäumt zu versichern, dass es keinen Grund zu Angst gebe, steht die Einbindung in den europäischen Einigungsprozess deutlich im Vordergrund. Es hält - neben den in dem 10-Punkte-Plan genannten Kooperationsformen - noch andere Formen der Zusammenarbeit für möglich und folgt letztlich der Finalität des BK-Planes nicht. Ähnlich müssen die amerikanischen Äußerungen verstanden werden. Deutlich wird vor überstürzten

Entscheidungen gewarnt. F lässt im übrigen an seinem Garantenstatus keinen Zweifel.

Als zentrales Problem sehen auch die beiden Alliierten die Grenzfrage. Angemerkt wird, dass diese nicht erst am Ende eines Einigungsprozesses, sondern bereits am Anfang stehen sollte.

3. Andere westliche Länder haben teils mit Zurückhaltung reagiert, teils Verständnis für den Plan signalisiert, wobei sie die deutsche Frage allerdings immer in den europäischen Kontext stellen.

Überraschend gelassen ist die Reaktion der Finnen.

4. Die Sowjetunion hat mit Skepsis und Kritik auf das Vorgehen des BK reagiert, das als überstürzt (so Saqladin) empfunden wird. Äußerungen Gorbatschows liegen allerdings bislang nicht vor.

Zwar wird der Gedanke konföderativer Strukturen grundsätzlich gutgeheißen, die Deklaration der Wiedervereinigung als Ziel praktischer Politik stösst jedoch auf Ablehnung.

Schewardnadse soll nach Mitteilung des Aussenamtssprechers Gerassimow gegenüber seinem italienischen Amtskollegen vor einem deutschen Revanchismus gewarnt und gesagt haben, der Kohl-Plan könne nur dann in Erwägung gezogen werden, wenn sich Bonn von dem BVerfG-Urteil von 1972 distanzieren, in dem Deutschlands Grenzen von 1937 als weiter in Kraft bezeichnet würden.

Das stimmt so nicht

„Punkt 10“

Die sowjetischen Äußerungen machen im übrigen deutlich, dass für die SU die historischen Gegebenheiten zählen, d.h. die Existenz zweier Militärbündnisse in Europa, die Unverletzlichkeit der Grenzen sowie die Existenz zweier deutscher Staaten.

Der 10-Punkte-Plan des BK zielt nach sowjetischer Auffassung auf eine Veränderung dieser historischen Realitäten ab und wird deshalb als Provokation und Versuch der Destabilisierung Europas empfunden. Kritisiert wird die hinter dem Plan vermutete Absicht, die Schwäche des Nachbarn zum eigenen Vorteil zu nutzen.

5. Erwartungsgemäss kritisch-ablehnend reagiert die CSSR, die die stabilisierenden Grundlagen der Nachkriegsordnung in Frage gestellt sieht. Polen hält eine Zustimmung der Großmächte und die Berücksichtigung der Interessen der anderen europäischen Staaten für notwendig.
6. Eine negative Reaktion ist aus Israel (MP Schamir) zu verzeichnen.

II. Wertung

Insgesamt wird die Vorsicht deutlich, mit der die bisher nicht aktuell geglaubte Frage der deutschen Einheit im Ausland geprüft wird. Die Reaktionen lassen den Schluss zu, dass unsererseits Behutsamkeit im Vorgehen - auch und gerade bei unseren Verbündeten - erwartet wird. Die offizielle Reaktion der DDR, die zwar die Vereinigung beider deutscher Staaten grundsätzlich ablehnt, gleichzeitig aber signalisiert, hebt pragmatisch die Vorschläge des BK für die Zusammenarbeit als interessante Ansatzpunkte für Verhandlungen hervor.

III. Zu den Äußerungen

Konkrete amtliche Äußerungen des Auslands zum 10-Punkte-Plan des Bundeskanzlers liegen uns bisher im Wortlaut oder in Berichtsform aus Frankreich, den USA, der Sowjetunion, den Niederlanden, Dänemark, Spanien, Finnland, der Schweiz, CSSR und Italien vor (s.Anl.). Großbritannien hat den Plan bislang, nicht offiziell kommentiert. Die Presse hat amtliche Äußerungen auch aus Polen, Belgien, und Israel gemeldet, die hier jedoch nicht im Wortlaut verfügbar sind.

be. zu prüfen

Die EG-Kommission hat Pressemeldungen zufolge eine Stellungnahme zu den Plänen des BK zur Deutschlandpolitik abgelehnt.

Im einzelnen:

1. USA

US-AM Baker hat sich am 29.11.1989 auch zu dem Thema Wiedervereinigung geäußert (vgl. Anlage DB Nr. 4838 vom 29.11.1989 - Washington - Wortlaut liegt nicht vor).

Danach sollte die amerikanische Haltung durch vier Prinzipien beeinflusst sein:

- das Prinzip der Selbstbestimmung, wobei keine Version der Einheit grundsätzlich ausgeschlossen werden sollte

- das Prinzip der fortdauernden Zugehörigkeit Deutschlands zur NATO ("Germany's continued alignment with NATO" - Anm: Unter "Germany" ist wohl die BR Deutschland zu verstehen) und der fortschreitenden Integration im Rahmen der EG; Absage an Neutralitätsgedanke und Verwässerung des demokratischen Charakters der BR Deutschland
- das Prinzip eines stufenweisen friedlichen Prozesses im Interesse der Stabilität in Europa
- im Blick auf Grenzfragen die Prinzipien der Schlußakte von Helsinki (Anerkennung der Unverletzbarkeit der Grenzen in Europa, Änderung mit friedlichen Mitteln).

Die Sprecherin des US State Department, Tutwiler, erklärte in einer ersten Stellungnahme am 28.11.89: "We have characterized it as a rather coherent approach to a rapidly changing situation in the GDR". Auf die Frage eines amerikanischen "endorsement": "It would be going too far".

Der US-Senator, Edward Kennedy am 28.11.89 in einem Interview zu dem 10-Punkte-Vorschlag: "Die Wiedervereinigung ist unabweislich, wenn das deutsche Volk sie will" ... "Es gibt eine Reihe auf Europa bezogener Fragen, über die man reden muss". ... "Die USA als westliche Führungsmacht (haben) in dieser Frage immer eine konstruktive und positive Rolle gespielt."

2. Frankreich

Präsident Mitterrand erklärte am 29.11.89 in einer Pressekonferenz in Athen zu dem Programm:

"Ich habe volles Verständnis (für die Erklärungen des Bundeskanzlers) und ich würde mich den Bestrebungen der deutschen Politiker nicht widersetzen. Ich habe stets erklärt, sie seien legitim. Ich weiss, dass die deutschen Politiker verantwortungsbewusst und vernünftig genug sind, um derartige Fragen zur rechten Zeit zu behandeln. Zudem werden sie eine ganze Reihe von Situationen prüfen, die es natürlich notwendig machen werden, dass die übrigen europäischen Völker nicht vor eine vollendete Lage gestellt werden, vor allem jene nicht, die die Funktion von Garanten ausüben ... Alles wird gemäss vorherigen Planungen ablaufen ..."

höflich - zurückhaltender geht's
Man kann
noch

AM Dumas nahm am 29.11.89 in der Fragestunde der Nationalversammlung wie folgt Stellung:

"Il est exact que M. le Chancelier vient de présenter - je ne dirais pas un plan mais un projet - en dix points qui merite naturellement de la part du Gouvernement francais la plus grande attention Celle-ci (Anm.: la réunification) se fonde sur un principe simple et fondamental: chaque peuple a le droit de décider de son destin, le peuple allemand autant que tout autre. Le désir d'unité est donc fondamentalement légitime. Mais on ne pourrait se passer de l'accord des Etats, c'est-à-dire des deux Etats allemands, pas plus que l'on ne pourrait se passer des Etats garants du statut allemand. ... Toute réunification ne pourrait se réaliser que de façon démocratique et pacifique.

Dans les dix points ... nous retrouvons un certain nombre d'idées qui nous sont familières ... j'observe dans ces déclarations qu'aucune forme de coopération entre les deux Etats allemands ne peut être à priori exclue ... le Chancelier, comme c'est son droit dans une déclaration faite unilatéralement, en présente un certain nombre; peut-être d'autres formes sont-elles éventuellement possibles. Il y a là en tout cas matière à réflexion et non pas à précipitation.

Le Gouvernement francais attache une importance essentielle aux déclarations du Chancelier selon

lesquelles, le processus, je le cite "de recouvrement de l'unité allemande" doit être considéré "dans le contexte de l'intégration européenne". L'appartenance de la République Fédérale d'Allemagne ... ne fait aucun doute.

... j'espère qu'elle montrera ... qu'il n'y a pas pour la République Fédérale d'Allemagne un choix à faire entre la Communauté et la République Démocratique Allemande mais qu'elle compte sur une communauté toujours plus forte, immédiatement renforcée pour faciliter ses relations avec l'autre partie de la nation allemande.

... le dialogue franco-allemand est constant et nous aurons l'occasion d'en parler avec nos partenaires à Bonn."

Der Europadirektor des Quai d'Orsay, Jacques Blot, erklärte am 28.11.89 auf die Frage nach seiner Einschätzung des Vorschlags des BK, ohne allerdings den genauen Inhalt der Erklärung zu kennen: man habe den Eindruck, dass die Erklärung in erster Linie nach innen gerichtet sei. Grundsätzlich gelte, dass die Lösung zuerst von den Deutschen ausgehen, diese aber für die anderen akzeptabel sein müsse. Ein schrittweiser Prozess erscheine als einzig gangbarer Weg. Zur Glaubhaftigkeit dieser Vorschläge sei erforderlich, dass es von der deutschen Seite Garantien in zentralen Fragen wie der Grenzfrage nach Osten nicht erst am Ende des vorgenannten schrittweisen Prozesses, sondern bereits am Anfang gebe. (vgl. DB Paris Nr. 3069 vom 27.11.89)

Der ehemalige franz. AM Francois-Poncet äußerte sich am 29.11.89 u.a. wie folgt:

"... Kohls Vorschläge finde ich keineswegs schockierend; sie sind nicht überraschend. Sie kommen aber zu keinem guten Zeitpunkt, sie kommen zu schnell, und zudem sind sie nicht deutlich genug im Hinblick auf die Interessen der Sowjetunion und der EG, die berücksichtigt werden müssen. ...

...Das Wesentliche ist, dass Deutschland, sei es nun vereint oder nicht, sein Engagement in Europa fortsetzt. Wenn dies der Fall ist - und Kanzler Kohl hat es in seiner Rede noch einmal bekräftigt -, dann scheint mir kein Grund für ernste Besorgnis zu bestehen."

VM Chevènement in einem Interview mit Le Figaro: "Weder die UdSSR noch wahrscheinlich die USA wünschen heute das Verschwinden der Pakt-Organisationen und die Wiedervereinigung Deutschlands."

3. Sowjetunion

Der Deutschlandexperte des ZK der KPdSU, Portugalow, hat sich bereits am 28.11.1989 zu dem Plan u.a. wie folgt geäußert:

".. Ich finde die lobenswerterweise erwähnte Formel von Modrow ... als sehr gelungen und aussichtsreich. ... Ich möchte hier einen ... Trennungsstrich ziehen zwischen konföderativen Strukturen und Konföderation per se ... wenn man, wie im Punkt zehn, die Wiedervereinigung als Ziel praktischer Politik deklariert, so ruft das gewisse Bedenken und Besorgnisse ... sicherheitspolitischer, aber auch international rechtlicher Art (hervor). ...
... Auf jeden Fall: Gegen einen Einstieg in die konföderativen Strukturen auf den vom Bundeskanzler genannten Gebieten hätte ich nichts."

In einer Pressekonferenz in Rom soll Portugalow Meldungen zufolge gesagt haben, Deutschland sei eine Nation mit zwei selbständigen Staaten. "Das schließt nicht das Recht auf besondere Beziehungen zwischen den deutschen Staaten unter Berücksichtigung der Interessen und der Sicherheit der Nachbarn aus, doch eine deutsche Konföderation kann Europa unter heutigen geopolitischen Bedingungen nicht aushalten."

Gorbatschow-Berater Sagladin soll sich nach Pressemeldungen "überrascht" über Kohls Pläne für eine deutsche Konföderation geäußert haben. Kohl versuche, die Zukunft Europas zu planen, "ohne die Ansichten des anderen deutschen Staates in Betracht zu ziehen".

Am 30.11.89 erklärte Sagladin: "Ich meine, dass der BK zu rasch vorgeht."

Zur Reaktion Schewardnadse liegt uns bisher lediglich ein DB von unserer Botschaft in Rom vor (DB Nr. 1670 vom 30.11.1989 - s.Anl.), die über ein Pressebriefing mit Gerassimow und den italienischen Sprechern des AM und Ministerpräsidenten zu den Gesprächen AM Schewardnadse/AM De Michelis. Bei den wiedergegebenen Ausführungen handelt es sich nicht um öffentliche Erklärungen von AM Schewardnadse. Schewardnadse soll vor einem deutschen Revanchismus gewarnt und gesagt haben, der Kohl-Plan könne dann in Erwägung gezogen werden, wenn Bonn sich vom BVerfG-Urteil mit den Grenzen von 1937 distanzieren (und der Hypothese der Deutschen Einheit).

4. CSSR

Der tschechoslowakische Generalsekretär Urbanek hat sich am 28.11.89 kritisch-ablehnend zu dem Plan geäußert. Wie die Botschaft Prag berichtet (vgl. DB Nr. 2731 vom 29.11.89), lassen sich seine Bemerkungen stichpunktartig wie folgt zusammenfassen:

- Beunruhigung über Rede des BK und über das von ihm verkündete "Drei-Stufen-Programm" zur Wiedervereinigung Deutschlands, das mit Ausnahme der "Grünen" die Unterstützung aller anderen im Bundestag vertretenen Parteien gefunden hätte.
- Betonung, dass Tschechoslowakei hinter der etablierten Nachkriegsordnung in Europa stehe. Das Anzweifeln bestehender politischer und territorialer Realitäten

stelle ernsthafte Bedrohung des Prozesses von Helsinki dar, der von tsch. Regierung mitgetragen und voll unterstützt werde.

5. Niederlande

Zur Deutschlanderklärung des Bundeskanzlers sagte PM Lubbers während der Debatte über die Regierungserklärung: Die NL-Regierung schenke der Deutschen Frage und der diesbezüglichen Politik der Bundesregierung große Aufmerksamkeit. Sie habe deswegen keine Sorgen. BK habe die Deutsche Frage ausdrücklich in Zusammenhang mit der Europäischen Frage gestellt. NL-Regierung begrüße es vor allem sehr, dass auch nach Ansicht BK's zunächst die DDR-Bürger das Selbstbestimmungsrecht ausüben sollten, und erst in einem zweiten Schritt alle Deutschen.

6. Italien

Der italienische AM Michelis erklärte auf Frage am 30.11.89, daß er die Sorge der SU vor einem möglichen deutschen Revanchismus nicht teile. "Die BR Deutschland ist fest in Westeuropa, in der EG und in der NATO verankert".

7. Finnland

AM Paasio hat erklärt: "Irgend etwas zu befürchten gibt es nicht ... Dieser in Gang befindliche Prozess (ist) ein überwiegend positiver Prozess."

8. Schweiz

StS Claus Jacobi erklärte am 29.11.89 vor der Presse: "Das von BK Helmut Kohl vorgestellte 10-Punkte-Programm

zur Überwindung der Teilung Deutschlands ist für die Schweiz ein tauglicher Ausgangspunkt für einen zunächst innerdeutschen Meinungsbildungsprozess. Es wäre allerdings verfrüht, jetzt schon an einer Wiedervereinigung zu arbeiten, die sicher nicht für morgen sei und sich in einen gesamteuropäischen Rahmen einfügen müsse".

9. Dänemark

AM Ellemann-Jensen sagte am 29.11.89 u.a. vor der Presse: Der Weg zu einer immer umfassender werdenden Zusammenarbeit setze eine richtige Ausnutzung aller zur Verfügung stehenden Instrumente voraus: EG, NATO, Europarat und KSZE. Man müsse das Gewicht bedenken, das die Erklärung darauf lege, daß die Deutschlandfrage nur im Zusammenhang mit der Entwicklung des gesamten Europa und des Ost-West-Verhältnisses zu sehen sei. ... Von entscheidender Bedeutung sei, dass gesamte Entwicklung stabil und friedlich verlaufe.

10. Pressemitteilungen zufolge hat der **belgische AM Eyskens** den Plan des BK 'positiv aufgenommen' und die Formel der Föderation als "sehr gelegen" bezeichnet, weil sie einerseits eine engere Bindung mit der DDR ermögliche und andererseits die Weiterarbeit an der europäischen Union erlaube. Zu dem 10-Punkte-Plan habe er außerdem erklärt, dass derartige Vorstellungen davon abhängen, wie beide deutschen Staaten ihre eigene Zukunft sehen.

11. **Spanien** sehe nach den Worten seines AM Ordóñez den Plan zur stufenweisen wiederherstellung der deutschen Einheit "mit Sympathie und Verständnis".

12. Polen

Pressemeldungen zufolge hat der Sprecher des polnischen Außenministeriums, Staniszewski, gefordert, dass ein

vereinigtes Deutschland die Garantien für den Bestand der Oder-Neiße-Grenze erneuern müsse. Eine Vereinigung etwa in Form einer Konföderation könne nur bei Zustimmung beider Partner, der vier Großmächte und unter Berücksichtigung der Interessen der anderen europäischen Staaten erfolgen.

13. Israels PM Schamir habe vor Journalisten in Tel Aviv, ohne direkt auf den 10-Punkte-Plan einzugehen, gesagt "das Gerede über eine Wiedervereinigung Deutschlands und die Schaffung eines grösseren, stärkeren und vereinigten Deutschland" werde "vom jüdischen Volk als quälend empfunden".

14. Der Vollständigkeit halber sind in der Anlage auch Reaktionen aus der DDR beigefügt.

Lambach